

„Als Gemeinderätin habe ich mich immer aufgeregt, wenn jemand ‚die Stadtväter‘ geschrieben hat“

Sprachwissenschaftlerin erklärt, auf was Behörden bei geschlechtergerechter Sprache achten sollten



Annette Trabold,
Sprachwissenschaftlerin und ehemalige Stadträtin in Heidelberg

Annette Trabold leitet die Kommunikationsabteilung des Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim. Sie eignet sich gleich in zweifacher Hinsicht, um mit ihr über geschlechtergerechte Sprache in Behörden zu sprechen: Sie ist promovierte Sprachwissenschaftlerin und war 25 Jahre lang Mitglied im Gemeinderat von Heidelberg.

Staatsanzeiger: Frau Trabold, gehen

Sternchen und Unterstriche zulasten der Verständlichkeit?

Annette Trabold: Das betrifft die geschriebene Sprache, dazu wird der Rat für deutsche Rechtschreibung im Oktober eine Empfehlung geben. Diese Debatte entstand auch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2017 zum dritten, neutralen Geschlecht. Wenn ich mich als Behörde an alle Bürgerinnen und Bürger wende, ist es seit den 80er-Jahren üblich und eine Frage der Höflichkeit, beide Formen zu verwenden. Das hat aber nichts mit der aktuellen Sternchendebatte zu tun.

Sollten auch in Satzungen beide Geschlechter angesprochen werden?

Das kommt darauf an, wen ich anspreche. Wenn ich aber in Satzungen immer „der/die Vorsitzende“ schreibe, kann das zulasten der Verständlichkeit gehen. In allen Fragen, in denen ich konkrete Personen anspreche, ist es heute ein

Leichtes, die geschlechtergerechte Form zu nehmen. Da muss man kreativ sein.

Was empfehlen Sie?

Am besten beide Formen, also „die Bürgerinnen und Bürger“. Möglich ist etwa auch für Satzungen das Binnen-I, also „BürgerInnen“ oder der Schrägstrich, etwa „Bürger/innen“. Das hängt immer von der Textsorte ab. Bei Gruppen wie Studierenden oder Lehrenden bietet sich auch das Partizip an. Wirklich gute Beispiele und Tipps gibt hier der Leitfaden der Schweizerischen Bundeskanzlei, den man herunterladen kann.

Warum ist es so wichtig, beide Geschlechter zu nennen?

Es geht um Stereotype, die ich mit der Sprache untermauern kann, dass es beispielsweise in bestimmten Berufsgruppen nur Männer gibt. Als Stadträtin habe ich mich immer aufgeregt, wenn jemand

„die Stadtväter“ geschrieben hat – ich bin aber kein Vater. Es geht letztendlich darum, dass man die Leistungen von Frauen sichtbar macht, dass man die weibliche Form dann verwendet, wenn auch Frauen in einer Gruppe sind oder auch angesprochen werden sollten. Es geht aber nicht darum, dass man sklavisch jede kleinste Geschäftsordnung durchgendert.

Kann eine gerechtere Sprache dazu führen, dass es beispielsweise mehr Gemeinderätinnen gibt?

Durch einen bewussteren Sprachgebrauch alleine wird sich die Gesellschaft nicht grundlegend ändern. Aber die Bilder ändern sich. Wenn ich zum Beispiel Oberbürgermeisterinnen erwähne, ist es stärker im Bewusstsein der Menschen, dass auch Frauen dieses Amt ausüben.

**Das Gespräch führte
Philipp Rudolf**